

01 - Büro der Oberbürgermeisterin  
Frau Wüstmann

Datum:  
24.07.2023

## **Anfrage**

Beschließendes Gremium:

**Anfrage "Entwicklungsmöglichkeiten der Tennet" (Anfrage der CDU-Fraktion, eingegangen 21.07.2023)**

### **Beratungsfolge:**

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
Ö	24.08.2023	Rat der Hansestadt Lüneburg

### **Sachverhalt:**

s. Anfrage „Entwicklungsmöglichkeiten der Tennet“ (Anfrage der CDU-Fraktion, eingegangen 21.07.2023)

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

---

Oberbürgermeisterin der Stadt Lüneburg  
- Rathaus -  
Am Ochsenmarkt  
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 21.07.2023

## **Anfrage zu Tennet in Bezug auf Entwicklungsmöglichkeiten**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zur Sitzung des Rates am 24.08.2023 stellen wir folgende Anfrage:

**Die Verwaltung möge prüfen mit welchen Mitteln die Hansestadt Einfluss auf die Planung der Tennet im Bereich der Hansestadt nehmen kann.**

Begründung:

Begründung:

Die Siedlungsentwicklung der Hansestadt für die kommenden Jahre darf nicht durch den Standort eines neuen Umspannwerkes beeinträchtigt werden. Da zurzeit am Stadtentwicklungskonzept gearbeitet wird und eine genaue Planung noch aussteht, ist es nicht zweckführend, Entwicklungsmöglichkeiten auszuschließen.

Mit freundlichen Grüßen



Christel John

**01 Ratsbüro**

**über Frau Oberbürgermeisterin Kalisch**

**über Frau Stadtbaurätin Gundermann**

**Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 21.07.2023 zu Tennet in Bezug auf  
Entwicklungsmöglichkeiten**

*„Die Verwaltung möge prüfen mit welchen Mitteln die Hansestadt Einfluss auf die  
Planung der Tennet im Bereich der Hansestadt nehmen kann.“*

Antwort der Verwaltung:

Die Zielsetzungen des ISEK zur Deckung des dringenden Wohnraumbedarfs, insbesondere im Bereich nördlich der Ortschaft Rettmer, werden durch die Einleitung von Bauleitplanverfahren konkretisiert werden.

Die vorgesehenen Beschlüsse sind der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bauen und Stadtentwicklung am 6. November zu entnehmen.

Die Hansestadt Lüneburg hat ihre bisher bekannten Belange, die einem Standort eines neuen Umspannwerks entgegenstehen, bereits dem Amt für regionale Landesentwicklung bei der Regierungsvertretung Lüneburg (ArL) mitgeteilt.

Über die sich aus der Aufnahme und Fortsetzung der Aufstellungsverfahren ergebenden zusätzlichen Belange wird das ArL nach der Beschlussfassung informiert werden.

gez. Eberhard